



Herrn
Burkard Losert
1. Bürgermeister
Schloßberg 1
97222 Rimpar

Rimpar, den 15.01.2020

Nachrichtlich: Mitglieder des Gemeinderats; Seniorenrat; Presse

Antrag auf umfassende Auskunft des Bürgermeisters zum Thema „Synagoge“

Hintergrund:

Seit der Gemeinderatssitzung vom 31. 1. 2019 gab es viel Kritik aus der Bevölkerung und aus Fachkreisen innerhalb und außerhalb von Rimpar an den dort gefassten Beschlüssen zum Thema „ehemalige Synagoge“ sowie an der mangelhaften Informationspolitik zu den Vorgängen in der Folgezeit. Das Unverständnis betraf die Entscheidung, einer Versetzung ins Freilandmuseum Fladungen den Vorzug vor einer Erhaltung am Rimparer Standort zu geben. Ferner wurde kritisiert, dass die Öffentlichkeit nicht bzw. unzureichend über die Vorgänge in der Folgezeit informiert wurde.

Als Gemeinderäte werden wir dafür in „Mithaftung“ genommen. Richtig ist, dass wir für die Beschlüsse mitverantwortlich sind. Aber wir haben uns dabei unter Zeitdruck auf Aussagen unseres Bürgermeisters verlassen. Die entscheidenden Informationen erwiesen sich allerdings im Nachhinein als zweifelhaft, andere Informationen wurden uns vorenthalten. So war hinterher in der Presse zu lesen, dass der Träger des Museums von Anfang an kein Interesse hatte und dass seitens des Denkmalschutzes eine Verlagerung gar nicht in Frage komme. Ferner sind die dem Gemeinderat genannten Zahlen von geschätzten 2 Mio. Euro Sanierungskosten und einer maximalen Förderung von 60% in Frage zu stellen. Eine belastbare Aussage darüber wird wohl erst nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie (Antrag lt. Beschluss vom 17. 10. 2019) möglich sein. Aber Beispiele aus anderen unterfränkischen Gemeinden zeigen laut Aussage von Frau Hannelore Mintzel, dass eine Teilsanierung für deutlich weniger als 2 Millionen Euro eine Option sein könnte und dass es Möglichkeiten für Zuschüsse in größerer Höhe als die genannten 60% gibt.

Wir von der IGU haben die Versetzung der Synagoge nach Fladungen ausdrücklich für die zweitbeste Lösung deklariert, nicht ahnend, dass es von Anfang an wohl nichts als „heiße Luft“ war. Enttäuscht stellen wir fest, dass durch die Fixierung auf diese „Option“ die andere Möglichkeit – der Erhalt vor Ort – sich zunächst einmal zerschlagen hat.

Bis heute wartet die Öffentlichkeit und der Gemeinderat vergeblich auf eine Erklärung von Bürgermeister Losert zu diesen Unstimmigkeiten. Wir von der IGU-Fraktion wissen uns einig mit vielen Bürgern der Marktgemeinde im Wunsch nach Aufklärung.

Wir beantragen daher eine Stellungnahme zu folgenden Fragen:

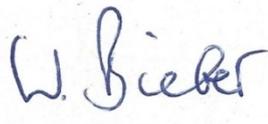
1. Auf welche und wessen Aussagen gründete das (angebliche) Interesse des Bezirks?
2. War Bürgermeister Losert über den Standpunkt des Trägers Zweckverband Fränkisches Freilandmuseum Fladungen informiert? Dessen Vorsitzender Landrat Habermann äußerte jedenfalls nach Bekanntwerden des Gemeinderatsbeschlusses laut Presse umgehend seine Ablehnung und widersprach dem Eindruck, dass es diesbezüglich Vorgespräche gegeben habe.
3. Informierte sich Bgm. Losert über den Standpunkt des Denkmalschutzes? Auch nach Aussage von Bezirksheimatpfleger Dr. Reder gab es nicht einmal eine rechtliche Grundlage zur Verlagerung des Gebäudes.
4. Auf welcher Grundlage wurden die oben genannten Zahlen bzgl. einer Restaurierung am Rimparer Standort (Kosten „nicht unter 2 Mio Euro“ und Zuschüsse von „max. 60%“) genannt.
5. Warum wurde im Vorfeld der Entscheidung nicht der Initiativkreis einbezogen, der sich seit Jahren bekanntermaßen für den Erhalt der ehemaligen Rimparer Synagoge als Bau- und Erinnerungsdenkmal einsetzt?

Aufgrund des öffentlichen Interesses beantragen wir außerdem, den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 31. 1. 2019 offenzulegen, soweit er dieses Thema betrifft und keine Persönlichkeitsrechte verletzt.

Mit freundlichen Grüßen



Bettina Boetsch
Marktgemeinderätin



Wolfram Bieber
Marktgemeinderat



Wilhelm Pototzky
Fraktionssprecher